

Bericht aus dem Gemeinderat

Gemeinderatssitzung vom 14.03.2017

Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung am 21.02.2017

Bürgermeister Weigt gibt folgende Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung am 21.02.2017 bekannt:

- Zustimmung zu einem Antrag auf Ratenzahlung der Gewerbesteuer für ein ortsansässiges Unternehmen
- Zustimmung zur Anpassung des Zuschusses der Gemeinde an die Ortsvereine für die Veranstaltungen innerhalb der Aktion Ferienspaß (von bisher 1,50 € auf künftig 2,50 €) ein öffentlicher Beschluss wird noch erfolgen.

Verkehrsschau 2016

Bereits im Dezember 2016 fand die jährliche Verkehrsschau in Karlsdorf-Neuthard statt. Der Bürgermeister informierte nun den Gemeinderat über die Ergebnisse der Verkehrsschau und die dabei getroffenen wesentlichen Entscheidungen.

Die Verkehrsschau ist ein Gremium, das sich aus Vertretern der Straßenverkehrsbehörde, der Polizei sowie der Gemeinde zusammensetzt. Aufgabe der Verkehrsschau ist es, problematische Verkehrssituationen und Gefahrenstellen im Ort zu erkennen, um dort durch verkehrstechnische Maßnahmen, wie z. B. Beschilderungen oder ähnliches Abhilfe zu schaffen. Hierzu werden der Verkehrsschau von der Gemeinde im Vorfeld problematische Stellen und Verkehrssituationen im Ortsgebiet genannt, welche dann durch die Mitglieder der Verkehrsschau vor Ort in Augenschein genommen werden.

Bei der Verkehrsschau sind auch Vertreter der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen mit anwesend.

Als Ergebnisse der Verkehrsschau 2016 konnte der Bürgermeister dem Gemeinderat in der Sitzung die wesentlichen Ergebnisse präsentieren. So wurde von der Verkehrsschau im Zusammenhang mit dem Neubau am Kindergarten St. Elisabeth beschlossen, die **Schönbornstraße** künftig **als Einbahnstraße** auszuweisen. Die von der Verkehrsschau vorgegebene Fahrtrichtung wird von der Einmündung an der Bahnhofstraße neben der Saalbachbrücke in Richtung des Kohlfahrtstadions verlaufen. Gleichzeitig soll das Parken nur in Fahrtrichtung rechts, d. h. auf der Ostseite, bzw. Nordseite der Schönbornstraße erlaubt sein. Mit der Ausweisung der Einbahnstraße soll das Ziel verfolgt werden, die Verkehrssicherheit für Kinder und Fußgänger im Bereich des Kindergartens und der Schule, insbesondere zu den Hol- und Bringzeiten, zu verbessern. Zuvor war aufgefallen, dass dort während der Hol- und Bringzeiten teilweise chaotische Verkehrsverhältnisse herrschten. Mit der jetzt getroffenen Regelung soll dem Abhilfe geschaffen werden. Die Beschilderung wird in den nächsten Wochen angebracht werden.

Weiterhin wurde von der Verkehrsschau die Parksituation im **Bereich der Schule und des Kindergartens St. Franziskus in der Schulstraße** in Neuthard in Augenschein genommen. Auch dort soll versucht werden, durch die Verlängerung des Tempo-30-Bereichs bis hin zur Büchenauer Straße eine Verkehrsberuhigung zu erreichen. Gleichzeitig sollen im Bereich vor der Schule und dem Kindergarten Parkbuchten aufgezeichnet werden, mit dem Hinweis, dass das Parken nur in den ausgewiesenen Haltebuchten erlaubt ist. Auch diese Beschilderung und die Fahrbahnmarkierungen werden in den nächsten Wochen aufgebracht. Durch diese Maßnahmen soll ebenfalls erreicht werden, dass insbesondere zu den Hol- und Bringzeiten der Kinder das zuvor das aufgetretene „wilde Parken“ vermieden wird und damit eine Steigerung der Sicherheit für Kinder und Fußgänger erreicht wird.

Neben der **Verbesserung der Parksituation** durch das Aufstellen von Pflanzkübel **im Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes „Ochsenstall“** sowie einzelnen Park- und Halteverboten im Ortsgebiet, sowie **sonstigen kleineren Anordnungen** konnte der Bürgermeister den Gemeinderat auch über ein neues Konzept zur Erhöhung der Sicherheit an der **Bushaltestelle „Neuthard Nord“** berichten. Hier war in der Vergangenheit

wiederholt aufgefallen, dass unvernünftige PKW-Fahrer haltende Linienbusse auf der Gegenfahrbahn überholen und dadurch Busfahrgäste sowie Fußgänger an der Querungshilfe massiv gefährdeten. Trotz Polizeikontrollen konnte das Fehlverhalten der Verkehrsteilnehmer bislang nicht eingedämmt werden. Jetzt soll versucht werden durch das Aufbringen von Fahrbahnleitpfosten im Bereich der Mittellinie vor und hinter der Bushaltestelle das Ausscheren und damit Überholen des haltenden Busses zu verhindern. Auch diese Maßnahme wird im Laufe des März/April durchgeführt werden und soll die Verkehrssicherheit verbessern. Über die konkreten Ergebnisse der Verkehrsschau hinaus berichtet der Bürgermeister dem Gemeinderat zudem, dass für Karlsdorf-Neuthard insgesamt versucht werden soll, ein Lkw-Durchfahrtsverbot zu erreichen. Insbesondere wird damit das Ziel verfolgt, neben einer Steigerung der Wohnqualität in den Ortslagen die Ortsstraßen zu schonen. Diese nehmen zunehmend Schaden durch schwere Lkws, die durch die dafür nicht vorgesehenen Wohnstraßen fahren. Insbesondere im Bereich der Sanierungsmaßnahme „Ortsmitte“ im Ortsteil Neuthard mit seinen Pflasterbelägen an der Haupt- und Kirchstraße, wird bei einer Beibehaltung des Lkw-Verkehrs mit Schäden und einer deutlichen Beeinträchtigung der jetzt geschaffenen guten städtebaulichen Situation gerechnet werden müssen. Die getroffenen Ergebnisse der Verkehrsschau und die damit verbundenen Anordnungen werden, so der Bürgermeister, ab 01.04.2017 durch einen neu eingestellten Gemeindevollzugsbeamten überwacht werden. Die Arbeitsaufnahme und das genaue Betätigungsfeld des neuen Vollzugsmitarbeiters werden vor Aufnahme von dessen Tätigkeit im Amtsblatt öffentlich bekannt gemacht.

Flüchtlingsunterbringung in Karlsdorf-Neuthard

Abschluss eines Mietvertrages mit der Kommunalanstalt für Wohnraum im Landkreis Karlsruhe (AÖR)

Der Gemeinderat beschließt mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme, einem Mietvertrag zwischen der Gemeinde Karlsdorf-Neuthard und der Kommunalanstalt des Landkreises Karlsruhe zuzustimmen, wonach die Gemeinde Wohnräume für die Anschlussunterbringung im Gebäude der Flüchtlingsunterkunft „Am Zollstock“ anmietet. Hierfür zahlt die Gemeinde eine ortsübliche Miete von 7,10 € und kann in den vom Landkreis selbst bei einem Investor angemieteten Räumlichkeit im Wege eines Untermietverhältnisses die für die Gemeinde Karlsdorf-Neuthard notwendigen Plätze für die sogenannte Anschlussunterbringung anmieten. Insgesamt wird die Gemeinde Karlsdorf-Neuthard, wie bereits berichtet, für das Jahr 2017 82 Flüchtlinge von der sogenannten Gemeinschaftsunterkunft in die Anschlussunterbringung überführt bekommen. Wie bereits mehrfach berichtet sind für die Gemeinschaftsunterbringung (GU) zunächst die Landkreise zuständig, nach Abschluss der jeweiligen Asylverfahren bzw. nach zwei Jahren in der Gemeinschaftsunterkunft wechseln die Flüchtlinge in die sogenannte Anschlussunterbringung für die die Gemeinden zuständig sind.

Die Flüchtlinge sollen im Rahmen des sogenannten „Kombimodells“ lediglich von der bereits jetzt in der Unterkunft „Am Zollstock“ erfolgten Gemeinschaftsunterbringung (GU) in die Anschlussunterbringung (AU) in der gleichen Einrichtung wechseln. Es handelt sich hierbei eigentlich nur um einen formellen Akt der Übernahme von Flüchtlingen aus der GU in die sogenannte AUB. Zusätzliche Flüchtlinge sind damit nicht verbunden. Die Zahl der Flüchtlinge in der Unterkunft „Am Zollstock“ wird durch den Wechsel von der Gemeinschaftsunterkunft in die Anschlussunterbringung nicht erhöht werden. Insgesamt ist die Anlage „Am Zollstock“ nach wie vor für max. 200 Flüchtlinge belegbar.

Wie der Bürgermeister dem Gemeinderat berichten konnte, sind die Mietbedingungen beim Landkreis so geregelt, dass die Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge in der AUB vollständig über das Flüchtlingsaufnahmegesetz bzw. das SGB II abgedeckt sind. Der Gemeinde entstehen damit für die Unterbringung der Flüchtlinge keine Kosten. Zudem erhält die Gemeinde für jeden Flüchtling für Maßnahmen der Integration im Jahr 1.100,- €.

Der Bürgermeister ist mit dem „Kombimodell“ sehr zufrieden, da dadurch erreicht wird, dass ein problemloser Wechsel von der GU in die AUB erfolgt und damit auch die Flüchtlinge an der Stätte an der Ihre Integration bereits begonnen hat, weitestgehend verbleiben können. Der Bürgermeister äußert sich zuversichtlich, dass unter Beteiligung der Ehrenamtlichen

Helfer in der Flüchtlingsbetreuung die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge weiterhin so gut gelingen wird wie dies bisher schon der Fall war.

Fortsetzung folgt.